

„Gefahr ist im Verzug“

Reformer Alexander Jakowlew über die Demokratie in Rußland

SPIEGEL: Alexander Nikolajewitsch, „Stalin lebt“, haben Sie vor zwei Jahren geschrieben, „der Tyrann liegt nur in tiefer Ohnmacht.“ Ist er inzwischen aufgewacht?

Jakowlew: Er ist dabei aufzuwachen. Nicht der reine Stalinismus rührt sich, aber der Bolschewismus – zynisch, demagogisch, revanchistisch. Er lebt von der Sehnsucht nach Stabilität.

SPIEGEL: Wer wünschte sich die nicht?

Jakowlew: Manche Verfechter der Restauration meinen die Stabilität nach Art des früheren KGB-Chefs Andropow: Sanierung des Stalinschen Systems. Andere sehnen sich nach der Breschnew-Variante: Kein Beamter trägt Verantwortung, jeder tut, was er will. Manche wollen ganz einfach zurück zur Diktatur: Rußland sei, sagen sie, noch nicht reif für die Demokratie. Und schließlich gibt es die neue Nomenklatur, die vorgibt, für Reformen einzutreten – aber bitte ohne Demokratien.

SPIEGEL: Demokratie läßt sich nur mit Demokraten machen. Gibt es denn in Rußland genug Demokraten?

Jakowlew: Wer ist ein Demokrat? Wo gibt es Demokratie? Es geht doch um Methoden, parlamentarische Wahlen, Wahlgesetze, Parteienvielfalt. Einiges davon gibt es auch bei uns, beispielsweise die Meinungsfreiheit, daneben aber auch diese Volksvertretung namens Duma, deren Aufführungen sich ausnehmen wie Amateurtheater. Doch diese Etappe ist wohl unvermeidlich.

SPIEGEL: Die Machthaber versuchen, die Meinungsfreiheit einzuengen . . .

Jakowlew: . . . ohne durchschlagenden Erfolg. Das können Sie am Beispiel des Kriegs in Tschetschenien sehen: Diese Schlacht haben die Medien gewonnen. Doch die Kämpfe gehen weiter, weil offenbar jemand ungeheuer daran interessiert ist.

SPIEGEL: Mit Rechtssicherheit im Land wäre ja schon viel gewonnen. Gibt es Fortschritte beim Aufbau eines russischen Rechtsstaats?

Jakowlew: Unbedingt. Als erstes die Verfassung. Grundsätze wie Privateigentum, Mehrparteiensystem, freie Wahlen und Menschenrechte sind nun in einer Verfassung verankert. Tausend Jahre haben wir ohne so etwas gelebt. Da ist nun Schluß mit staatlicher Allmacht, einer alleinigmachenden Ideologie und dem Staatsmonopol auf alle Produktionsmittel. Diese drei Elemente des Bolschewismus sind beseitigt, das ist ein ganz wichtiger Schritt auf dem Weg zur Demokratie.

SPIEGEL: Halten Sie die Gerichte in Rußland heute für unabhängig?

Jakowlew: Bislang nicht. Uns fehlen ganz einfach die Richter. Wir haben versäumt,

und Fernsehen, hat die Bürokratie Angst. Sie allein können derzeit die Staatsmacht daran hindern, sich wieder autoritär zu gebärden.

SPIEGEL: Sind die Medien auch eine Sicherung gegen die Ambitionen der Militärs?

Jakowlew: Einige Militärs neigen noch immer dazu, Politik machen zu wollen. Nehmen wir nur den General Alexander Lebed. Gleich, ob er Gutes oder Schlechtes im Sinn hat – er mischt sich direkt in die Politik ein, und hinter ihm steht eine ganze Armee. Das heißt: Gefahr ist im Verzug.

SPIEGEL: Kann sich Lebed zu einem russischen Bonaparte entwickeln?

Jakowlew: Kaum. Die Umstände und auch seine Person sprechen dagegen. Lebed ist ein vernünftiger Mann. Dut-



Alexander Jakowlew

war der Mann hinter Michail Gorbatschow: intellektueller Wegbereiter der Perestroika und engster Berater des letzten Generalsekretärs der KPdSU auf dessen Weg, Rußland zur Demokratie zu führen. 1990 in Gorbatschows Präsidentenrat berufen, entfremdete sich Jakowlew indes mehr und mehr von dem einstigen Kampfgefährten, dem er zu große Konzessionen gegenüber den Konservativen vorwarf. 1993 wurde er Generaldirektor des staatlichen russischen Fernsehens Ostankino, seit März ist er nur noch dessen Aufsichtsratsvorsitzender. Vor drei Monaten gründete Jakowlew, 71, die Sozialdemokratische Partei der Russischen Föderation.

vor zehn Jahren, gleich bei Gorbatschows Machtantritt, Juristen neuen Schlags auszubilden. Vor allem deswegen kommt die Gerichtsreform nicht voran, weder Legislative noch Exekutive wünschen sich wirklich ein unabhängiges Gerichtssystem.

SPIEGEL: Der Rechtsstaat ist eine Sicherung gegen die Obrigkeit. Wer schützt jetzt die Rechte der Bürger?

Jakowlew: Die öffentliche Meinung. Mit den Medien müssen die Regierenden heute schon rechnen, ob sie wollen oder nicht. Vor der vierten Gewalt, Presse

zende von Rentner-Generälen dagegen haben in ihrem faschistoiden Wahn jede Vernunftgrenze überschritten. 1991 hatten wir bereits einen Putsch, der von solchen Militärs und der Parteiführung angezettelt wurde. Gottlob konnten sich Parteibonzen und Offiziere damals nicht auf einen „Führer“ einigen.

SPIEGEL: Ist der Rechtsextremist Wladimir Schirinowski nicht eine noch größere Gefahr als der Troupier Lebed?

Jakowlew: Die beiden dürfen Sie nicht gleichsetzen. Schirinowskis Bewegung ist deshalb so gefährlich, weil sie von

Das Gespräch führten die SPIEGEL-Redakteure Jörg Mettke, Fritjof Meyer und Dieter Wild.



SÜDD. VERLAG

Sturm auf das Winterpalais in Petersburg 1917*: „Verschwörung einer Clique von Extremisten“

Bolschewiki konzipiert wurde und bolschewistisch vorgeht. Daß sie so viele Stimmen bekommen hat, ist beleidigend und peinlich für uns, weil es das niedrige Niveau unserer politischen Kultur bezeugt. Doch Schirinowski hat keine Zukunft. Er mag noch gewissen Einfluß unter Militärs haben, bei Veteranen und sozial Benachteiligten. Doch die größte Gefahr sind nach wie vor die Bolschewiki. Ihre wachsende Unterstützung ist die Folge der gescheiterten Sozialpolitik unserer derzeitigen Machthaber.

SPIEGEL: Auch in anderen ehemals sozialistischen Ländern regieren wieder Kommunisten, aber sie haben aus dem Scheitern ihrer Diktatur Lehren gezogen.

Jakowlew: Dort sind sozialdemokratische Flügel der ehemaligen kommunistischen Einheitsparteien an die Macht gelangt, bei uns ursprünglich auch. In der russischen KP blieb, wer machtgeurig, aber nicht lernfähig war. Kämen die wieder an die Macht, hätte das auf Jahre schwere Konflikte zur Folge. Richtig etwas bewegen können sie ja nicht.

SPIEGEL: Können die Kommunisten denn durch Wahlen wieder an die Macht kommen?

Jakowlew: Unter bestimmten Bedingungen schon. Sie könnten sich mit der

Agrarpartei verbünden, das wären dann schon 40 Prozent aller Stimmen. Und wenn sich Schirinowski ihnen noch anschliesse, kämen sie bereits über 50 Prozent. Überspränge dann auch noch General Ruzkoi mit seinem ansehnlichen Schnurrbart und seinem Opfer-Image die Fünf-Prozent-Hürde, würde das die Rechte weiter stärken. Die Demokraten müßten sich in solch einem Fall mit 35 bis 40 Prozent begnügen – das wär's dann.

SPIEGEL: Wie tief steckt der linke oder rechte Totalitarismus noch im Bewußtsein der Russen?

Jakowlew: Sehr tief – für uns ist er gleichsam der gewohnte, normale Zustand. Wir kennen nichts anderes.

SPIEGEL: All das war in Ihrer heutigen Sicht purer Faschismus: der internationale Kommunismus der Anfangsjahre ebenso wie der Stalinsche Nationalbolschewismus. War es so?



L. WOTTEK / GAMMA / STUDIO X

Nationalist Schirinowski*, Anhänger: „Beleidigend und peinlich für uns“

* Oben: Gemälde von W. Kuznezow; unten: in der Uniform eines Oberstleutnants.

Jakowlew: Selbstverständlich. Nur muß man zwischen Kommunismus und Bolschewismus klar unterscheiden; die Ideen sind das eine, die praktische Machtausübung ist etwas ganz anderes. In drei Bänden, die meine Internationale Demokratie-Stiftung demnächst herausgibt, wird die Geschichte des Bolschewismus als Form totalitärer Herrschaft dargestellt.

SPIEGEL: Sie meinen, die Theorie wandelte sich zur politischen Ideologie?

Jakowlew: Ja. Der Bolschewismus übernahm vom Marxismus Postulate wie Klassenkampf, Diktatur des Proletariats, Gewalt als Geburtshelferin der Geschichte, revolutionäre Gewalt als ihre Lokomotive, Abschaffung des Privateigentums, der familiären Erziehung und überhaupt der bürgerlichen Gesellschaft – also alles, was niedrige Instinkte mobilisieren und die Machtergreifung fördern konnte.

SPIEGEL: Der Unterschied zur Nazi-Ideologie ...

Jakowlew: ... bestand darin, daß bei uns alles unter der Fahne des Internationalismus lief. Die Russen wurden nicht zu einer Arier-Rasse erklärt, alle Sowjetvölker durften das System gemeinsam erleiden. Sonst stimmen beide Systeme überein: Wo der Hitlerismus im Holocaust kulminierte, hatte der Stalinismus den Archipel Gulag.

SPIEGEL: Welche Resonanz findet die Aufarbeitung der bolschewistischen Vergangenheit heute bei den Russen?

Jakowlew: Gar keine. Vielleicht ein wenig unter den Intellektuellen.

SPIEGEL: Und welches Echo findet die Kommission zur Rehabilitierung der politisch Verfolgten, der Sie vorstehen?



Moskauer Veteranen (am 9. Mai): „Bösartige Reaktion“

Jakowlew: Bei den Menschen, die es konkret betrifft, ist die Resonanz stark. Erst vor kurzem hat der Präsident auf unsere Anregung hin angeordnet, jene Soldaten, die in faschistische Kriegsgefangenschaft geraten waren, voll zu rehabilitieren. Sie sind nun endlich gleichberechtigte Bürger unseres Landes geworden. Nur wenige sind noch am Leben, und von denen haben uns viele geschrieben. Doch davon hat keine einzige Organisation, auch keine der Demokraten, Notiz genommen.

SPIEGEL: Zu den Siegesfeiern des 9. Mai wollten die Veteranen mit den ehemaligen Kriegsgefangenen nichts zu tun haben – die durften nicht dabei sein.

Jakowlew: Leider gibt es noch diese böartige Reaktion. Wer aber selbst im Krieg war, wird einen Kriegsgefangenen nie verächtlich ansehen.

SPIEGEL: Das sagt ein alter Frontkämpfer.

Jakowlew: Weil ich gesehen habe, warum Leute in Gefangenschaft geraten sind. Nämlich nicht durch die Genialität oder die Fähigkeiten des deutschen Gegners – wenn Sie mir diese Bemerkung gestatten –, sondern durch die Unfähigkeit unserer militärischen Führung. Sie ließ ihre Soldaten ohne Munition, ohne Waffen, ohne Verpflegung und oft sogar ohne Vorgesetzte. Wie wäre sonst zu erklären, daß allein 1941 drei Millio-



Russische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg: „Das war niemals die Schuld der Soldaten“



H. BRADNER / GAMMA / STUDIO X

Massengrab in Grosny: „Warum mußten Wohnungen bombardiert werden?“

nen unserer Kameraden in deutsche Gefangenschaft gerieten? Das kann doch niemals die Schuld der Soldaten gewesen sein.

SPIEGEL: Was ist zu tun, damit Deutsche und Russen nie wieder einen Krieg gegeneinander führen? Ist es sinnvoll, die Armeen unserer Länder in einer Verteidigungsorganisation wie der Nato zusammenzubinden?

Jakowlew: Ja. Wenn wir derselben militärischen Allianz angehören, wäre das nur von Vorteil für die Sicherheit unserer Völker.

SPIEGEL: Wenn aber nur Polen, Tschechen, die baltischen Staaten in die Nato aufgenommen würden, nicht aber Rußland ...

Jakowlew: ... das würde eine große Gefahr heraufbeschwören: Es könnte unser Volk gegen den Westen aufbringen, die Chancen auf einen Sieg der Demokratie in Rußland wesentlich verringern und den Militarismus stärken. Wem soll das nutzen? Wer heizt da eine neue Konfrontation an? Eine Nato ohne Rußland, die an die russischen Grenzen vordringt – das ist ein gegen Rußland gerichtetes Bündnis.

Ich persönlich allerdings halte gar nichts von Militärblöcken. Ich bin ein radikaler Pazifist, seit dem Zweiten Weltkrieg hasse ich den Krieg.

SPIEGEL: Auch den Krieg in Tschetschenien?

Jakowlew: Selbstverständlich. Eine andere Sache ist, warum es soweit kommen und das tschetschenische Problem gerade jetzt gelöst werden mußte. Daß es gelöst werden mußte, steht außer Frage. Tschetschenien gehört ja zu Rußland.

SPIEGEL: Aber die Tschetschenen sind keine Russen.

Jakowlew: Wenn bei Ihnen ein Bonaparte das Land Baden-Württemberg oder das Land Bayern zu einem selbständigen Staat erklären und eine eigene Armee aufstellen würde, was unternähme dann wohl die Bundesregierung?

SPIEGEL: Sie würde die Bundeswehr marschieren lassen.

Jakowlew: Am nächsten Tag. Warum mußten wir dann drei Jahre damit warten? Natürlich konnte nicht hingenommen werden, daß innerhalb unseres Landes ein totalitäres Regime mit eigener Verfassung und Armee entstand.

SPIEGEL: Dann aber hat Rußland um so brutaler zugeschlagen.

Jakowlew: Mir ist rätselhaft, warum unausgebildete Soldaten in den Tod geschickt und Wohnhäuser bombardiert werden mußten. Das nannte sich „punktuelle Schläge“. Wie es um die Genauigkeit solcher punktuellen Schläge bestellt war, sagte mir ein Militär: „Bestens. Der Punkt für uns war ganz Grosny. Und Grosny haben wir getroffen.“

SPIEGEL: Sie, der Vorkämpfer der Perestrojka, sind dafür, daß alle Völker, die einmal die Sowjetunion gebildet haben, wieder in einem Staat zusammenleben sollten?

Jakowlew: Mit einem entscheidenden Vorbehalt: nur wenn das absolut freiwillig geschieht, durch Volksabstimmung – auch bei uns. In Belorußland haben jetzt über 80 Prozent für eine wirtschaftliche Integration mit Rußland gestimmt.

SPIEGEL: Und wie soll eine neue Union aussehen?

Jakowlew: Von einer Union möchte ich nicht sprechen, sondern von einer Konföderation, einer Gemeinschaft mit einigen zentralen Strukturen. Unter anderem auch deswegen bin ich 1991 aus der Führung zurückgetreten: Mir war klar, daß es zu einer Föderation nicht kommen würde. Alle waren so begierig auf die Macht. Gestern hatten sie noch dem Internationalismus und dem Bolschewismus für immer Treue geschworen, nun waren sie plötzlich Herrscher über ihre Völker geworden und wurden vom Westen auch eiligst und äußerst bereitwillig anerkannt.

SPIEGEL: Hat der Gewaltgegner Jakowlew auch die Oktoberrevolution von 1917 wegen ihrer Gewalttätigkeit zum „tragischen Ereignis in der russischen Geschichte“ erklärt?

Jakowlew: Es war ja gar keine Revolution, sondern schlicht die Verschwörung einer Clique von Extremisten. Bei der



L. WOLTEK / GAMMA / STUDIO X

Kremlchef Jelzin: „Niemand ist frei von Angst“

Erstürmung des Winterpalais sollen sechs Mann gefallen sein – dabei gab es nur einen Toten, aber wie er ums Leben kam, weiß bis heute niemand. Die Provisorische Regierung des Sozialdemokraten Kerenski übergab kampfflos den Putschisten die Macht. Von einer Revolution kann also keine Rede sein.

SPIEGEL: Im Februar 1917 hatten die Volksmassen immerhin die Autokratie gestürzt.

Jakowlew: Hernach aber wurde die Demokratie zerredet, und die Bolschewiki brauchten nicht viel zu tun, um die Macht an sich zu reißen. Sie lag zu ihren Füßen.

SPIEGEL: Es war so leicht, daß es jeden Tag wieder passieren kann?

Jakowlew: Sicher, wenn man die Verfassung nicht energisch schützt.

SPIEGEL: Nach seiner Größe und seinem politischen Gewicht hat Rußland Anspruch auf die Rolle einer Weltmacht. Kann es diese Rolle als Demokratie ausüben, oder ist der Preis innere Zentralisation und Diktatur?

Jakowlew: Die Einteilung von Staaten in Welt- und sonstige Mächte ist eine Betrachtungsweise aus der Zeit der Konfrontationen und der Kriege, sprich: aus der Zeit der Barbarei. Ich möchte doch hoffen, daß wir mit dem 21. Jahrhundert in ein zivilisiertes Zeitalter eintreten. Solange die Menschen einander umbringen, kann von Zivilisation keine Rede sein.

SPIEGEL: Als Sie aus der KPdSU austraten . . .

Jakowlew: . . . ich bin nicht ausgetreten, sondern ausgeschlossen worden, am 15. August 1991, durch Beschluß der Parteikontroll- und -revisionskommission.

SPIEGEL: Hat es Sie getroffen?

Jakowlew: Zu Trauer gab es keinen Grund. Allerdings: Mein Ausschluß konnte nur mit Zustimmung Gorbatschows stattfinden. Das war für mich natürlich bitter.

SPIEGEL: Haben Sie Ihren Ausschluß nicht kommen sehen?

Jakowlew: Ja. Schon ein Jahr zuvor plante die Parteiführung, und dort besonders die Vertreter von Militär und Staatssicherheit, Eduard Schewardnadse und mich aus der Umgebung Gorbatschows zu entfernen. Im April 1991 warnte ich Gorbatschow schriftlich vor einer Verschwörung von Militärs und Parteiorthodoxie. Er wies mich zurecht mit den Worten: „Alexander, du überschätzt deren Intellekt und Mut.“ Ich sagte: „Wölfe beißen auch nicht nur, weil sie mutig sind, sondern aus Feigheit.“

SPIEGEL: Drei Tage vor dem Putsch, am 16. August, haben Sie noch einmal öffentlich vor einer Verschwörung gewarnt.

Jakowlew: Aber noch am 19. August, als bereits die Panzer durch Moskau rollten, erschien die *Prawda* mit einem Beitrag, in dem mir vorgeworfen wurde, ich wolle immer noch mit irgendeiner Verschwörung angst machen.

SPIEGEL: Was eigentlich hat Gorbatschow und Sie auseinandergebracht?

Jakowlew: In der Hauptsache sind wir nach wie vor einig. Ich bin davon überzeugt, daß er weiter für Demokratie und Freiheit eintritt. Andererseits: Schon im Oktober 1990 gab er den Konservativen nach, die das Reformprogramm torpedierten, in Rußland binnen 500 Tagen die Marktwirtschaft einzuführen. Zugleich stützte er sich erneut auf das Politbüro. Das war der Rechtsruck in unserer neuen Politik.

Noch eine Ungereimtheit: In Belorußland fiel kurz darauf sein berüchtigtes Wort von den „sogenannten Demokraten“. Damit war die Demokratie plötzlich schuld an allem, was in unserem

„Aus dem Meister des Kompromisses wurde dessen Opfer“

Land nicht klappte. Und unter dem Beifall aller Reaktionäre wurde der Präsidentenrat nach Bolschewikenmanier auseinandergejagt.

SPIEGEL: Angeblich ließ Gorbatschow Sie observieren?

Jakowlew: Das muß nach dem Gewaltakt in Vilnius begonnen haben*. Von dem Tag an wurde ich ständig beschattet, meine Telefongespräche wurden abgehört. Als ich mich darüber bei Gorbatschow beklagte, erwiderte er: „Unmöglich, so etwas kann es nicht geben.“

SPIEGEL: Gorbatschows Rechtsruck führte zum Ende Ihrer Freundschaft?

Jakowlew: Das Vertrauen war dahin. Das ändert nichts daran, daß Michail Gorbatschow eine unschätzbare Rolle in der Geschichte unseres Landes gespielt hat. Seine historische Bedeutung ist weit größer, als es seine ganz überflüssigen Jammertöne von heute vermuten lassen.

SPIEGEL: Was war Gorbatschows Versprechen wert, daß es in der Sowjetgeschichte „keine weißen Flecken“ mehr geben sollte?

Jakowlew: Damit begann unsere Entfremdung. Im Auftrag des Volksdeputiertenkongresses suchte ich nach dem geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt von 1939. Originale waren nirgends aufzutreiben. Als ich Gorbatschow danach fragte, behauptete er, es gebe sie nicht. Nach seinem Rücktritt fanden sie sich im Archiv des Politbüros.

* Am 13. Januar 1991 stürmten sowjetische Spezialtruppen das litauische Fernsehzentrum in Vilnius. Es gab 15 Tote.



Sowjetische, deutsche Eroberer in Polen (1939): „Abmachungen ungültig“

SPIEGEL: Das war der einzige Vertrauensbruch?

Jakowlew: Hinzu kam der Fall Katyn, der Mord an Tausenden polnischen Offizieren, den eine sowjetisch-polnische Kommission untersuchen sollte. Wiederum hieß es, es gebe keine Dokumente. Aber ich sah den Archivleuten schon an den Augen an, daß sie lügen. Ich war dann als dritter Mann und einziger Zeuge dabei, als Gorbatschow seine Macht an Jelzin abtrat – da griff Gorbatschow aus einem Stapel von Papieren eine Mappe heraus und reichte sie Jelzin mit den Worten: „Noch ein Geschenk für Sie.“ Es waren sämtliche Dokumente über die Bestialitäten von Katyn. Ich war schockiert und schaute Gorbatschow entsetzt an. Aber er blieb ganz ruhig, als ob er sagen wollte: Kein Grund zur Aufregung.

SPIEGEL: Die Publikation des Zusatzprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt bedeutete schließlich, daß sich die baltischen Staaten von dieser Sowjetunion trennen mußten. Und die Bekanntgabe des Politbürobeschlusses über die Erschießung von fast 26 000 Polen war das Begräbnis der KPdSU. An beiden wollte Gorbatschow festhalten – an der Sowjetunion und an der KPdSU.

Jakowlew: Diese Erklärungen leuchten mir nicht ein: Die Volksdeputierten haben schließlich auch ohne Originale die Abmachungen Molotows und Ribbentrops verurteilt und für ungültig erklärt. Und: Die KPdSU hatte durch Stalin rund 15 Millionen Menschen hinrichten lassen. Da wäre der Tod der Polen nicht mehr sonderlich ins Gewicht gefallen. Wir haben übrigens nie die geistige Kraft aufgebracht, unsere Schuld an den 15 Millionen Opfern zu

bekennen. Die Deutschen hatten diese Kraft zur Reue.

SPIEGEL: Der Besiegte bereut wohl leichter als der Sieger.

Jakowlew: Das kommt darauf an. Als Soldat war es meine Pflicht, die Unabhängigkeit meines Vaterlandes zu verteidigen. Das habe ich guten Gewissens getan. Heute bereue ich es, daß ich Deutsche umbringen mußte, obwohl sie mich zum Invaliden gemacht haben.

SPIEGEL: Gorbatschow hat sich öfters einen Sozialdemokraten genannt. Sie haben jetzt eine sozialdemokratische

Partei gegründet. Könnte Gorbatschow in diese Partei eintreten?

Jakowlew: Ich kenne seine gegenwärtigen politischen Interessen nicht. Früher habe ich ihm ein dutzendmal vorgeschlagen, den Reformflügel sozialdemokratischer Prägung vom orthodoxen Flügel der KPdSU zu trennen. Aber immer war er dagegen, immer unter dem Vorwand: „Noch ist die Zeit nicht reif.“ Dabei hatte er selbst durch den Umgang mit westlichen Sozialdemokraten, vor allem mit Willy Brandt, einige sozialdemokratische Ideen aufgegriffen. Er selbst ist nicht orthodox, sonst wäre hier nichts in Bewegung gekommen. Doch seine übergroße Vorsicht war ein Fehler . . .

SPIEGEL: . . . und die eigentliche Ursache für sein Scheitern?

Jakowlew: Von welchem Scheitern sprechen Sie? Die Perestrojka war ein großer historischer Erfolg: Die Zertrümmerung des Totalitarismus, Demokratie, Meinungsfreiheit, Marktwirtschaft, Menschenrechte, Ende des Kalten Krieges – nennen Sie das Scheitern? Nein, nein und nochmals nein. Sicher hat das auch eine subjektive Seite: Jeder Führer hat so seine Ängste. Gorbatschow war von Anfang an ein Mann des Kompromisses und für eine Zeitlang war das auch gut so. Er wollte ein totalitäres Regime durch eine totalitäre Partei zu Fall bringen. Dazu mußte er eine unwahrscheinliche Flexibilität an den Tag legen, und seine Kompromißbereitschaft war die einzig mögliche Verhaltensweise.

Doch allmählich wurde aus dem Meister des Kompromisses dessen Opfer. Er wollte den Stalinschen Sozialismus demokratisieren – das System sollte nicht

beseitigt werden. Mit dieser Illusion lebten wir ja.

SPIEGEL: Boris Jelzin hat sich uns gegenüber ebenfalls als Sozialdemokrat bezeichnet – zu Recht?

Jakowlew: Heute wird es wohl stimmen, früher war er davon ziemlich weit entfernt.

SPIEGEL: Gorbatschow hatte zuviel Angst, sagen Sie. Hat Jelzin keine Angst?

Jakowlew: So möchte ich es nicht sagen. Ganz frei davon ist schließlich niemand. Aber es gibt ganz verschiedene Ängste – einerseits animalische, andererseits vor Menschen, vor dem Gewissen, vor Gott. Und wer letztere vergessen hat, ist kein Mensch mehr.

SPIEGEL: Alexander Nikolajewitsch, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. □



Ex-Freunde Jakowlew, Gorbatschow (1991)
„Überflüssige Jammertöne“